



HESSISCHER LANDTAG

21. 01. 2019

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Hessen unterstützt die UNAIDS-90/90/90-Initiative der Vereinten Nationen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich in Hessen im Jahr 2018 nach Erhebungen des Robert-Koch-Instituts etwa 190 Menschen mit dem Immunschwäche-Virus HIV infiziert haben. Im vorherigen Jahr waren es noch etwa 200. Aktuell leben in Hessen rund 6.300 Menschen mit HIV. Besorgniserregend ist allerdings, dass schätzungsweise 910 Menschen in Hessen mit HIV leben, die nichts von ihrer Infektion wissen. So erhielten im Jahr 2018 in Hessen 210 Menschen die Diagnose HIV erst, nachdem der Immundefekt bereits fortgeschritten war oder sie bereits an Aids erkrankt waren. Der Landtag betont deshalb, dass der Kampf gegen HIV und AIDS weiterhin eine wichtige Rolle in der Gesundheitspolitik spielen muss.
2. Der Landtag hebt hervor, dass die Medizin in den letzten Jahrzehnten in der Behandlung von Patientinnen und Patienten mit HIV große Fortschritte gemacht hat. Mit entsprechender medikamentöser Behandlung können Menschen mit HIV in der Regel beeinträchtigungsfrei leben. Ihre Lebenserwartung ist dabei hoch und liegt ihre HI-Viruslast unter der Nachweisgrenze – das bedeutet, das Virus ist mit den gängigen Methoden nicht mehr nachweisbar –, so ist eine Übertragung des Virus äußerst unwahrscheinlich.
3. Der Landtag unterstreicht, dass Hessen im Kampf gegen HIV und AIDS auf einen Dreiklang aus Prävention, Aufklärung und Behandlung setzt. Insbesondere die Sensibilisierung für die Thematik stellt einen wichtigen Beitrag dar, um einerseits auf das Infektionsrisiko und die entsprechenden Schutzmöglichkeiten hinzuweisen, andererseits mehr und mehr Menschen dazu zu bringen, sich regelmäßig testen zu lassen.
4. Der Landtag schließt sich den Zielen der „UNAIDS-90/90/90-Initiative“ der Vereinten Nationen an. Damit unterstützt er die Zielsetzung, dass im Jahr 2020 auch in Deutschland mindestens 90 % der Menschen mit HIV von ihrer Infektion wissen sollen, mindestens 90 % davon entsprechende Medikamente nehmen sowie die Viruslast von 90% der Behandelten unter der Nachweisgrenze liegt.
5. Der Landtag begrüßt in diesem Sinne, dass im Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2020 neben der fortgesetzten Förderung bereits bestehender Programme, wie dem Präventionsprojekt „Hessen ist Geil“, eine finanzielle Unterstützung zur konkreten Umsetzung der „UNAIDS-90/90/90“-Ziele in Höhe von 90.000 € vorgesehen ist. Zudem wird der Zugang zum HIV-Test als wichtiges Instrument der Prävention angesehen und muss weiter verbessert werden. Hierdurch wird ein selbstbestimmter und eigenverantwortlicher Umgang mit Infektionsrisiken gefördert und eingefordert.
6. Der Landtag bedauert, dass Menschen mit HIV noch immer Opfer von Stigmatisierung und Diskriminierung sind. Dies resultiert häufig aus geringem Wissen über die Übertragungswege, den medizinischen Verlauf der Infektion sowie die tatsächlichen Beeinträchtigungen der Betroffenen. Zudem erschwert die Ausgrenzung von HIV-Infizierten den Zugang zu Diagnostik und Therapie. Um dem entgegenzuwirken, spielt es eine zentrale Rolle, dass HIV-Prävention und -Aufklärung nicht in bestimmten Zielgruppen denkt, sondern die breite Gesellschaft adressiert.

Begründung:

Hintergrund: Eine Infektion mit dem Humane Immundefizienz-Virus kann zunächst milde mit keinen oder sehr unspezifischen – zum Teil grippeähnlichen – Symptomen verlaufen. Daraus resultiert, dass viele Betroffene keine medizinische Hilfe in Anspruch nehmen oder die HIV-Diagnose unterbleibt. Aber auch mit Symptomen wird nicht immer an eine HIV-Diagnostik gedacht und dadurch eine Diagnosestellung verzögert. Unbehandelt folgt eine meist mehrere Jahre andauernde symptomarme Phase, bevor das Immunsystem stark geschwächt ist und weitere Symptome auftreten. Kommt es zu besonders schwerwiegenden Erkrankungen – häufig handelt es sich dabei um Pneumocystis-Pneumonie, eine bestimmte Form der Lungenentzündung – so spricht man von Aids. Unbehandelt führen diese Erkrankungen in der Regel zum Tod.

Wiesbaden, 21. Januar 2020

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)